

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 9 – Stufenplan für Unterrichtsversorgung

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 115.04 / 11.03.2004

CDU hat keine Alternative zum Konzept der Landesregierung gegen Unterrichtsausfall

Das Anliegen der Volksinitiative zur Einführung der verbindlichen Stundentafel, ist es Unterrichtsausfall zu vermeiden. Die Forderung, dass kein Unterricht ausfällt, teilen wir. Den Antrag der CDU lehnen wir ab.

Erstens: Die Unterrichtsversorgung unabhängig vom Parameter Klassengröße zu diskutieren, wie gefordert, ist unseriös. In dankenswerter Offenheit hat die CDU als Partei allerdings in den letzten Monaten verkündet, dass sie auch vor sehr großen Klassen in allen Altersgruppen nicht zurückschreckt. Dies als bildungspolitische Strategie auszugeben, hat die CDU als Fraktion in ihrem vorliegenden Antrag wohlweislich verzichtet.

Zweitens: Von der Landesregierung ein Konzept gegen Unterrichtsausfall zu verlangen, ist gleichermaßen einfallslos, wie inaktuell, denn es gibt ein Konzept der Landesregierung mit mehreren sich ergänzenden Elementen. Dagegen hat die CDU nichts eigenes zu bieten.

Diese Elemente der Landesstrategie für Unterrichtsgarantie heißen „Jede Stunde zählt“, „verlässliche Grundschule“ und „Geld statt Stellen“, sowie „Verlagerung der Lehrerfortbildung in die unterrichtsfreie Zeit“. Das sind die Bausteine des Konzeptes zur Garantie des Unterrichts.

In den Grundschulen muss am dringendsten mit der Garantie von Unterricht begonnen werden und diese ist dann stufenweise auf die anderen Schulformen auszudehnen. Wir halten dieses Konzept für richtig. Wir danken allen, die es derzeit engagiert mit Leben erfüllen.

1/2

Wir hatten nicht nur Geld gegen den Unterrichtsausfall und mehr Schulautonomie, sondern auch Transparenz über den Einsatz der Mittel gefordert. Demnächst erhält deshalb der Landtag einen Bericht über die Wirkung der bisherigen Maßnahmen.

Das Bildungsministerium geht darin von einer deutlichen Senkung des Unterrichtsausfalls aus. Inzwischen sind kritische Stimmen laut geworden, die die Methodik der Erhebung anzweifeln. Wir werden deshalb den Bericht sehr gründlich prüfen, ob und was gegebenenfalls im Detail zu optimieren ist. An dem eingeschlagenen Weg halten wir aber fest.

Unser Antrag erklärt darüber hinaus: Eine kluge Schulentwicklungsplanung hat zu gewährleisten, dass die Kleinen in den Grundschulen nach wie vor kurze Wege haben, aber gerade kleine Schulen trotzdem mehr als bisher vernetzt zusammen arbeiten. Weiterführende Schulen können und sollen hingegen zusammengelegt werden, um Synergieeffekte zu erreichen.

Insbesondere Berufsfachgymnasien, Gesamtschulen und Gymnasien müssen enger im Oberstufenbereich zusammen arbeiten. Unser Ziel sind schulartübergreifende Oberstufenzentren, um einerseits die Kapazitäten für die jungen Leute besser zu nutzen und ihnen mehr Kursvielfalt zu bieten, andererseits Ressourcen zu gewinnen für mehr Unterricht in den Klassen eins bis neun.

Interessante Wege geht hierzu derzeit Nordrheinwestfalen: Dort wird die Zeit zum Abitur generell auf zwölf Jahre verkürzt, aber nicht weniger unterrichtet, sondern gerade in der Sekundarstufe eins die Stundentafel für alle Schularten erhöht. Dies erleichtert auch den Weg zur Ganztagschule.
